INTERNATIONALES ÄRZTLICHES BULLETIN

BULLETIN MÉDICAL INTERNATIONAL / INTERNATIONAL MEDICAL BULLETIN
MEZINÁRODNÍ LÉKAŘSKÝ BULLETIN

Zentralorgan der Internationalen Vereinigung Sozialistischer Ärzte

Dezember 1937 | Praha / Prag / Prague | IV. Jahrg. Nr. 9/10

Editorial Staff — Rédaction — Schriftleitung:
Dr. Arnold Holitscher - MUDr. Augustin Turek

Inhalt / Sommaire / Contents

Preis der Nummer: ČSR cena čísla Kč 3'-, ročně Kč 30'-; France Frs 2'50, par an Frs 25'- et frais de porto; England sh 0'75, yearly sh 7'50 plus postage; Polska Zl 0'75, rocznie Zl 7'50; Schweiz Frs 0'60, jährlich Frs 6'-; Dänemark K 0'70, jährlich K 7'—. • Abdruck der Beiträge ist mit Quellenangabe gestattet.

Rédaction et administration: Praha XII, Čáslavská 15


INTERNATIONAL
PSYCHOANALYTIC
UNIVERSITY
DIE PSYCHOANALYTISCHE UNIVERSITÄT IN BERLIN

Internationales Ärztliches Bulletin

Bulletin Médical International / International Medical Bulletin
Mezinárodní Lékařský Bulletin

Zentralorgan der Internationalen Vereinigung Sozialistischer Ärzte

November - Dezember 1937 Praha / Prag / Prague IV. Jahrg. Nr. 9/10

Dem neuen Kämpfer zum Gruß!

Unsere englischen Kollegen und Genossen veröffentlichen seit Oktober d. J. eine neue Monatsschrift „Medicine Today and Tomorrow" als offizielles Organ der Socialist Medical Association, affiliated to the Labour Party and the International Medical Association. In dem programmatischen Artikel des ersten Heftes wird mit Recht gesagt, daß der ärztliche Beruf sich nicht in der Behandlung der Krankheiten erschöpfen darf. Die Prophylaxe muß den vordersten Platz einnehmen. Gesundheit ist das Recht für jedermann. Sie darf nicht von denen gekauft werden, die sie bezahlen können, und denen nicht verweigert werden, die dazu nicht imstande sind. Die Zeitschrift wird darum den staatlichen Gesundheitsdienst propagieren. Andere dringende Probleme wie Unterernährung, ausreichender Lebensstandard, Medizin und Friede sollen gleichfalls zur Diskussion gestellt werden. Für alle diese Ziele soll die Zeitschrift das anerkannte Forum des ärztlichen Berufes werden.

Schon die vorliegenden beiden Hefte zeigen, daß unsere englischen Freunde ihre Aufgaben in dieser politisch bewegten Zeit tatkräftig in Angriff nehmen und daß sie sich bei ihrer Arbeit mit der kämpfenden Arbeiterklasse aufs tiefste verbunden fühlen. So wünschen wir in internationaler Solidarität und im gemeinsamen Kampfe gegen Faschismus und Reaktion unseren Genossen und ihrer neuen Kampfschrift den besten Erfolg!

Internationales Bureau Sozialistischer Ärzte
Redaktion des I. Ä. B.

Von der Gesundheit des deutschen Volkes

Von Dr. E. Silva

Die neueste amtliche deutsche Statistik, die man sicherlich nicht wie die Auslandpresse der Übertreibung bezichtigen wird, gibt folgende bemerkenswerte Zahlen:

Innerhalb der Bevölkerung der 57 deutschen Großstädte mit 20,559.000 Einwohnern wurden im 1. Vierteljahr 1937 auf 1000 Einwohner 8.1 Ehen geschlossen. 15.9 lebende Kinder geboren und 13.2

> Gestorbene gezählt. Die Heiratsfähigkeit hat gegenüber dem Vorjahrsquartal einen um 1.3% erhöhten Wert ergeben bei einem Rückgang um 24% gegenüber dem 4. Vierteljahr 1936. Die *Geburtenziffer* ist im Vergleich zum Vorjahrswert fast gleich geblieben (15.9 gegen 15.8 im Jahre 1936), sie ist gegenüber 1935 mit 16.2 gefallen. Die *Sterblichkeit* zeigt ein *weiteres Anwachsen um 3.1%*. Die Grippesterbefälle können nicht als Grund angeführt werden, da an Grippe in der Berichtszeit auf 1000 Einwohner nur noch 3.7 starben (gegen 4.6 im 4. Quartal 1936). Die *Säuglingssterblichkeit* liegt mit 75.1 Sterbefällen auf 1000 Lebendgeborene *um 7.3% höher* als im Jahre zuvor. Durch *Selbstmord* schieden im 1. Vierteljahr 17 Personen (1.1%) *mehr* freiwillig aus dem Leben. Infolge Mord und Totschlag starben 69 Personen, d. h. 23 *mehr* als im Vorjahr. Die tödlichen Unfälle forderten 1575 oder 69 *Opfer mehr* als im Vorjahr.

Kurz vor diesen offiziellen Angaben veröffentlichte in der deutschen Presse Dr. *Hesse*, Ministerialrat in der Abteilung Volksgesundheit des Reichs- und Preussischen Ministeriums des Innern, eine „Bilanz des öffentlichen Gesundheitsdienstes". Das vorher feststehende Resultat seiner Betrachtung ist: Das deutsche Volk ist gesund. Abgesehen von einer Steigerung übertragbarer Kinderkrankheiten sieht er überall eine erfreuliche Besserung. Für den unleugbaren Anstieg der Sterblichkeit wird offenbar auf Anweisung die *Grippe* verantwortlich gemacht, was in der amtlichen Statistik ausdrücklich an Hand der beweiskräftigen Zahlen zurückgewiesen wird. Die schon seit Jahren vorhandene Vermehrung der tödlichen Unfälle ist nun auch wieder statistisch erwiesen. Dr. Hesse sagt dazu: „Bezüglich der in der *Auslandpresse* (!) wiederholt behaupteten starken Zunahme der *tödlichen Unfälle* ist festzustellen, daß, gemessen an der Vermehrung der Arbeitsleistungen und der Arbeitsschichten, ein erheblich größerer Anstieg hätte erwartet werden dürfen." Damit wird zugestanden, daß die deutschen Arbeiter, seit ihnen der politische und gewerkschaftliche Einfluß genommen wurde, maßlos angetrieben und ausgebeutet werden. Das wilde Arbeitstempo bedroht Leben und Gesundheit. Herr Dr. *Hesse* bemüht sich vergebens, den deutschen „Volksgenossen" entgegen den Tatsachen die Überzeugung beizubringen, daß die nationalsozialistische Gesundheitspolitik „trotz aller verleumderischen Angriffe einer jüdisch-marxistischen Emigrantenpresse" die Gesundung von Jahr zu Jahr zunehmend gewährleistet.

Gehören die von uns noch mit Mißtrauen aufgenommenen offiziellen Berichte der deutschen Behörden, der gesetzlichen Krankenkassen und der Betriebe auch zum Kapitel der „verleumderischen Angriffe"? Alle schreiben übereinstimmend von einem höheren Krankenstand. Trotz aller Sparmaßnahmen und trotzdem die Kassen nur noch „in wirklich notwendigen Fällen" in Anspruch zu nehmen sind, steigen gerade die schweren und längeren Krankheitsfälle, so daß die gedrosselten Aufwendungen an Krankengeld, Hausgeld und an Krankenhauspflege am meisten erhöht werden müssen.

Nach einer ITF-Meldung verzeichnet unter 3470 Hafenarbeitern, die in Hamburg im „Technischen Betrieb" und im „Kai- und Hafen-

betrieb" der Hamburg-Amerika-Linie (Hapag) arbeiten, der Bericht der Betriebskrankenkasse im Jahre 1936 nicht weniger als 1340 arbeitsunfähige Erkrankte. 1937 ist in den ersten 9 Monaten die Krankheitsziffer noch um 20% gestiegen! Im Jahre 1936 war im Durchschnitt jeder der 1340 vorübergehend arbeitsunfähig erkrankten Hafenarbeiten achtzehn (!) Tage krank.

Als typisches Beispiel haben wir an dieser Stelle früher schon (Vgl. III. Jahrgang Nr. 2/3) den Jahresbericht der Kruppschen Betriebskrankenkasse angeführt, der für den Gesundheitszustand der deutschen Arbeiter und für die nationalsozialistische Sozialpolitik aufschlußreich ist. Der neuesten ITF-Korrespondenz entnehmen wir, daß die Unternehmergewinne weiter ungeheuerlich steigen und auf der anderen Seite die Massenerkrankungen der Arbeiter ein erschreckendes Ausmaß annehmen. Der ausgewiesene (!) Betriebsüberschuß des deutschen führenden Rüstungskonzerns Friedrich Krupp A.-G. in Essen ist von 1932/33 bis 1935/36 von 118 auf 288 Millionen RM gestiegen. Der soeben veröffentlichte Bericht der Kruppschen Betriebskrankenkasse meldet: „Seit dem Jahre 1932 stieg die Zahl der Arbeitsunfähigkeitsfälle bis 1936 auf je 100 Mitglieder gerechnet auf das Doppelte." (Deutsche Bergwerkszeitung vom 4. November 1937) 1932 waren auf 100 Mitglieder der Betriebskrankenkasse 23.26 mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Erkrankungsfälle zu verzeichnen, 1935: 43.01, 1936: 46.52!

Die wachsende Verelendung, die die Gesundheit vor allem der arbeitenden Schichten untergräbt, ist nicht mehr zu leugnen. Die Ernährung wird zusehends schlechter infolge der Preissteigerung, der Qualitätsverschlechterung und der Knappheit. Ein sicherlich unverdächtiger Beurteiler, der Regierungsrat im Reichskriegsministerium, Dr. Wilhelm Ziegelmeyer, hat diese gesundheitlichen Schädigungen infolge der unzureichenden Ernährung zugeben müssen. Das Resultat seiner Untersuchung gibt der „Deutsche Volkswirt" vom 20. August d. J. so wieder:

„Die Untersuchung muß feststellen, daß der durchschnittliche tägliche Kalorienverbrauch der untersuchten Arbeitergruppen hinter dem theoretisch-physiologisch zu erwartenden und wohl erwünschten Maß um einige Prozent zurückbleibt."

Seitdem diese Feststellungen gemacht wurden, hat sich die Ernährungslage des deutschen Volkes noch weiter verschlechtert.

In ganz Deutschland wird ein überaus starker Gebißverfall beobachtet, besonders bei der heranwachsenden Jugend. Als Grund gibt man die Zusammensetzung des Brotes an. Das Hartbrot allein soll der Retter sein. Gegenüber diesen Wissenschaftern, die meist auch den Mangel an Eiweiß in Form von Fleisch und Fett für gesund halten, hat der norwegische Prof. Schiötz auf dem diesjährigen Zahnärztetag die Forderung vertreten: „Die Menschen sollen dem Organismus zur Erlangung eines gesunden Gebisses das ganze Jahr hindurch gleichmäßig vitamin- und mineralsalzreiche

Nahrung zuführen. Diese Kost stelle bereits eine wirksame Abwehr gegen die Zahnfäule dar." Allein in einem Lande, das Kanonen für wichtiger als Butter hält, sind solche Forderungen nicht der Beachtung wert. Es wird weiter Raubbau am Menschen getrieben. Die Zerrüttung der Volksgesundheit muß unaufhaltsam fortschreiten.

Spanish Medical Aid Committee of London

On August 23rd, a year ago, our first Unit left 24, New Oxford Street, bound for Spain. We celebrated this Anniversary by a meeting, which not only marked the end of our first, and the beginning of our second year's work, but was also a memorial to the six members of our Unit who have fallen in Spain. The Dean of Canterbury took the Chair, and the speakers were Mrs. Manning, K. S. L., our Chairman Dr. Morgan, Philip Jordan, of the „News Chronicle", Nurse Molly Murphy and Lady Hastings. Isabel Brown made the appeal, which amounted to £ 409. The following cable, sent by Lord Churchill from Spain, was read:

„In the name of comrades killed while helping wounded victims of German and Italian aggression in Spain, I remind you that as citizens of the most powerful empire in the world, we bear the heaviest responsibility for allowing Nazis and Fascists to continue for one year killing Spanish women and children. How much longer are you going to stand by and watch this happen? We in Spain look to you in England to work as we are working for the people of Spain, defending themselves and us against the Fascist menace. Don't fail us."
Churchill.

Past Work.

Here in a few words is a summary of the help we have sent to Spain in the last year. Since August 23rd, 1936, doctors, nurses, drivers, stretcherbearers, together with ambulances, lorries, surgical instruments, medical material and food, have been sent out. There are now in Spain under the auspices of the Committee 47 ambulances and lorries and 80 trained personnel.

The Mision Sanitaria Britanica has two base hospitals and at the moment three field hospitals. Medical and surgical supplies have been sent to every part of Spain. So far as our means would allow, no request has been unanswered.

Bilbao, Santander, the northern Catalan hospitals, Almeria, the Cordova front, the Aragon front, Albacete, the Ralph Fox convalescent villa at Benicasim have all been supplied with ambulances and medical material, while our hospitals on the Madrid front have dealt with approximately 5000 wounded during the recent heavy fighting.

Future Plans.

Our chairman, Dr. H. B. Morgan, went out to consult with the Spanish Government in August as to how best we could help in the immediate future. We have undertaken, in association with the Spanish medical authorities, to help equip and staff a large base hospital for the centre Front, of probably 1000 beds. This hospital

will be fitted out as a complete unit with the bacteriological laboratory supplied by the Holborn Committee attached, and will serve also as a training school for Spanish nurses. During an attack mobile surgical units will loave the hospital to work immediately behind the front lines. Such a mobile unit will consist for an auto-chir carrving an operating table, surgical instrumetns and sterilizers, possibly surgeons, nurses and orderlies, and a truck for carrying bedding and provisions. Immediate and necessary operations can thus be performed in a temporary front line hospital and patients evacuated to the base quickly. Behind the main hospital we hope to establish a convalescent home and a transport repair depot.

A Ford general Utility Van left last week with some material and personnel to start work on the new hospital. We hope to dispatch within the next fortnight at least £ 1000 worth of absolutely essential equiment. The whole scheme will cost us £ 45.000 as a minimum for the coming year.

Die III. staatliche Erholungsaktion in der ČSR

Von MUDr. Hoschek-Prag

Die Verhältnisse der letzten Jahre stellten unsere Regierung vor die Notwendigkeit, außerordentliche Maßnahmen gegen die Schäden zu ergreifen, die der wirtschaftlichen Not in den Familien der Arbeitslosen und beschränkt Beschäftigten entsprangen, wobei es sich auf dem Gebiete des Gesundheitswesens vor allem um die Rettung der Gesundheit der Kinder und Jugendlichen aus diesen Familien handelte. Auf Grund der Initiative des Ministers Dr. Czech bewilligte die Regierung für diesen Zweck insgesamt 14,000.000 Kč und betraute das Gesundheitsministerium mit der Durchführung der Aktion. Auf dieser Grundlage führt das Ministerium, wie hier fortlaufend berichtet wurde, Erholungsaktionen für gesundheitlich gefährdete Kinder Arbeitsloser und beschränkt Beschäftigter durch.

Die Aktionen wurden vorwiegend in den Industriebezirken vorgenommen, die durch die gleichzeitige Krise am meisten betroffen waren. In der I. und II. Aktion waren 20.041 Kinder in Erholungsheimen untergebracht mit einem Aufwand von 11,000.000 Kč. Die III. Aktion knüpfte direkt an die vorhergehenden Aktionen an, wobei über 5200 Kinder in geeigneten Erholungsheimen für den Betrag von 3,000.000 Kč untergebracht wurden.

Die III. Aktion stand ebenso wie die früheren Aktionen unter der direkten Leitung und Aufsicht des Gesundheitsministeriums, das auch selbst die Auswahl der bedürftigsten Kinder auf Grund des Antrages der Bezirksbehörden besorgte. Die Auswahl richtete sich einerseits nach der Verteilung der Bevölkerung in den einzelnen Bezirken, anderseits nach dem Grade der gesundheitlichen Bedürftigkeit der gesundheitlich gefährdeten Kinder bei sonst gleichen sozialen Verhältnissen.

Die Ergebnisse dieser Aktion werden in der staatlichen Gesundheitsanstalt statistisch verarbeitet. Die Statistik der I. Aktion hat uns gezeigt, daß es sich bei der überwiegenden Mehrzahl der Kinder um gesundheitliche Gefährdung, Unterernährung, Rachitis, Blutarmut usw. gehandelt hat. Während des sechswöchentlichen Aufenthaltes in den Erholungsheimen nahmen 86% der Kinder an Gewicht zu, meist um 2—4 kg, doch auch Gewichtszunahmen um 5—6 kg und mehr waren nichts seltenes.

Im Hinblick auf diese sehr zufriedenstellenden Ergebnisse wäre eine Fortsetzung der staatlichen Erholungsaktionen wünschenswert, vor allem in den Gebieten unseres Staates, wo die Folgen der Krise noch nicht verschwunden sind und wo der Tiefstand der sozialen Verhältnisse eine dauernde Erscheinung bildet.

Zum Problem der Homosexualität

Die homosexuellen Affären, die früher im Reiche Hitlers und neuerdings bei der Henleinbewegung aufgedeckt wurden, haben die gesamte Öffentlichkeit in hohem Maße beschäftigt. Auch die sozialistischen Ärzte erörterten erneut auf ihrer Tagung in Prag dieses Problem, insbesondere die Homosexualität in den Männerbünden, die mit ihrer Disziplin und unbedingten Hingabe an den „Führer" latente Neigungen begünstigen. Aus unserer Stellungnahme veröffentlichen wir hier die wesentlichen Gedankengänge. Die Redaktion.

Homosexualität, gleichgeschlechtliche Liebe, ist eine verhältnismäßig häufige, seit Jahrtausenden bekannte Veränderung des normalen Geschlechtstriebes. Sie ist angeboren und unterliegt deshalb nicht dem freien Willen des mit dieser Inversion zur Welt gekommenen Individuums. Sehr viele Urninge — so benannt nach dem Homosexuellen Ullrich, der ein Buch über die gleichgeschlechtliche Liebe geschrieben hat — sehen sich als eine Varietät der menschlichen Rasse an. Sie bieten abgesehen von dieser einen Abweichung auch durchaus den Eindruck normaler Menschen. Die Geschichte gibt uns eine ganze Reihe von Beispielen geistig hervorragender, ja genialer Menschen, die homosexuell gewesen sind. Es finden sich allerdings wieder genug Homosexuelle, die auch sonst Anzeichen von Degeneration aufweisen, bei denen moralische Defekte zu der abnormen Triebrichtung hinzutreten.

Homosexualität ist keineswegs so selten wie oft angenommen wird. Die Schätzungen der Forscher gehen zwar auseinander, im allgemeinen berechnet man, daß etwa 3 Prozent der Männer homosexuell sind. Gegen die strafgerichtliche Verfolgung der Homosexualität der Männer (die der Frauen wird nirgends bestraft, obwohl nicht einzusehen ist, warum die sogenannte lesbische Liebe anders beurteilt werden soll) werden seit langer Zeit die bestbegründeten Einwendungen erhoben, ohne daß es gelungen ist, diese barbarischen Paragraphen auszurotten. Homosexualität wird übrigens keineswegs in allen Staaten verfolgt. In Frankreich ist sie nicht strafbar, schon der Code Napoleon kennt dieses Delikt nicht mehr.

In Deutschland wurde seit dem vorigen Jahrhundert der Kampf gegen den § 175, der dem tschechoslowakischen § 129 entspricht, geführt. Im Jahre 1897 richtete ein wissenschaftlich-humanitäres Komitee eine Eingabe an die gesetzgebenden Körperschaften, in der die Aufhebung des Paragraphen gefordert wurde. Sie trug 6000 Unterschriften, von denen nur die Namen Laband, Franz v. Liszt, G. v. Bergmann, His, Kraus, Gerhart Hauptmann, Detlev v. Liliencron, August Bebel, Hilferding, Karl Kautsky und Stampfer genannt sein sollen. Es wird darin ausgeführt, daß nicht nur die wesentliche Voraussetzung der Strafbarkeit, die Schuld, fehlt, da es sich um eine tiefinnerlich konstitutionelle Anlage handelt und der zur Strafbarkeit erforderliche Wille auf Widerrechtlichkeit fehlt, sondern daß außerdem bei gleichgeschlechtlichem Verkehr zwischen Mündigen, der freiwillig vollzogen wird, kein Rechtsgut verletzt wird. Darüber hinaus ist die Strafbarkeit des gleichgeschlechtlichen Verkehrs der Anlaß zu häufigen Erpressungen (Chantage), durch die zahllose Homosexuelle zu Verzweiflung und Selbstmord getrieben werden.

Strafbar ist und muß natürlich bleiben der gleichgeschlechtliche Verkehr mit Minderjährigen sowie der durch Gewalt erzwungene mit Erwachsenen.

Es ist verständlich und durch Erfahrung bestätigt, daß homosexueller Verkehr sich dort leicht entwickelt, wo junge Männer mehr oder weniger eng miteinander leben, besonders wenn sie am normalen Verkehr mit Frauen behindert sind, wie das in Gefängnissen, Kasernen oder auf Schiffen der Fall ist. Auch sonst normale junge Leute werden hier zu den Gewohnheiten der Homosexuellen verführt. Befinden sich Homosexuelle in diesen Kreisen, so spielen sie in der Regel die aktive Rolle. Im Homosexuellen lebt der Trieb, der gleichgeschlechtlichen Liebe neue Adepten zuzuführen. Er sucht nicht nur seine Artgenossen in der Umgebung herauszufinden, wozu der Urning eine besondere Fähigkeit hat, sondern er will auch bisexuelle junge Menschen an sich locken. Er sucht sie sich hörig zu machen. Das geschieht ohne physischen Zwang, wenn er als Vorgesetzter, Aufseher, Zimmerkommandant u. dgl. eine Befehlsgewalt über sie hat.

Hier liegt die große gesellschaftliche Gefahr der Homosexualität. Der Urning, für den die Befriedigung seines abnormen Dranges ein Ziel ist, dem er seine ganze Lebensführung unterordnet, sucht Machtpositionen zu erreichen. Zu diesem Zweck begründen die Homosexuellen Organisationen, in denen sie Leiter und Funktionäre werden und dadurch möglichst großen Einfluß ausüben. Es liegt ihnen daran, ihre „Schutzbefohlenen" nach Möglichkeit vom Verkehr und Beisammensein mit dem anderen Geschlecht auszuschließen. Den von ihnen beherrschten Jünglingen wird eine weitgehende Mißachtung des weiblichen Geschlechtes eingeflößt. Es soll damit nicht gesagt sein, daß die gegenwärtig in faschistischen Staaten herrschende Zurücksetzung und Verachtung der Frau, die un-

serer Auffassung so schroff gegenübersteht, ausschließlich und in erster Linie auf Homosexualität zurückzuführen ist. Auch in früheren Geschichtsepochen, in denen die Kriegführung Ziel und Zweck der Gesellschaft war, galt die Frau wenig oder nichts. Aber unzweifelhaft trägt die Verachtung der Frau durch den Homosexuellen zu dieser Entwicklung bei. In den Arbeitslagern, Kameradschaftsbünden, in der Kasernierung der Jugend werden soldatische Eigenschaften hochgezüchtet, werden Seele und Körper auf den Krieg eingestellt. Hier werden die Jünglinge der unbedingten militärischen Disziplin, dem Kadavergehorsam dem Vorgesetzten gegenüber unterworfen. Es ist klar, daß Urninge, die maßgebende Faktoren in solchen militanten Organisationen werden, alle Möglichkeiten finden, ihre Gelüste nach Herzenslust befriedigen zu können. Im allgemeinen wird wohl der zum gleichgeschlechtlichen Verkehr Verführte nach Rückkehr in normale Verhältnisse wieder normal werden. Aber es wird von den Psychologen behauptet, daß die Verführung zu ungünstigen Veränderungen des Charakters führt. Der Mißbrauchte wird verschlossen, verlogen, unzuverlässig, bisweilen auch brutal und roh.

Aus den hier in aller Kürze festgestellten Tatsachen sind folgende Schlüsse zu ziehen:

Wir müssen uns mit aller Kraft dagegen zur Wehr setzen, daß gleichgeschlechtlicher Verkehr strafgesetzlich verfolgt und geahndet wird. Lediglich Verführung Jugendlicher, Unmündiger, erst recht natürlich Mißbrauch von Kindern, Anwendung von Gewalt sind streng zu bestrafen.

Der Gefahr, die aus der Geschlechtsnot der Jugendlichen droht, kann durch Koeduktion, durch gemeinsame Wanderungen usw. begegnet werden.

Zu bekämpfen sind die Kameradschaftsbünde, Jünglingsvereine, Männerbünde aller Art, die den willkommenen Deckmantel für die leidenschaftliche Begier der Urninge bilden.

Unsere Aufgabe ist es, kausale Therapie zu betreiben, die Ursachen zu beseitigen, aber nicht mit dem Zuchthause gesellschaftliche Mißstände heilen zu wollen.

Das Gesundheitswesen in der ČSR

Von Dr. Ludwig Czech
Minister für öffentl. Gesundheitswesen

Im Budgetausschuß des Parlamentes gab Gen. Dr. Ludwig Czech am 23. November d. J. eine Übersicht über die Tätigkeit, die in seinem Ressort im abgelaufenen Jahr entfaltet wurde. Trotz der schwierigen materiellen Lage sind große Aktionen zur Bekämpfung der Volkskrankheiten in die Wege geleitet worden, wichtige Pläne des Ministeriums werden in nächster Zeit verwirklicht werden. Aus dem umfangreichen Exposé geben wir nachstehend einige Abschnitte wieder.

Die Redaktion des „IAB".

Die zurückliegende achtjährige Wirtschaftskrise hat die öffentliche Gesundheitsverwaltung auch im abgelaufenen Jahre vor ganz außerordentliche Aufgaben gestellt. Glücklicherweise traten bereits die ersten Anzeichen einer wesentlichen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Erscheinung, wodurch sich ein Ausblick auf gedeihlichere Wirkungsmöglichkeiten der öffentlichen Gesundheitsverwaltung ergibt.

Die Sterblichkeit

Über die gesundheitlichen Verhältnisse unseres Staates ergibt sich aus den letzten Statistiken folgendes Bild: Die Gesamtsterblichkeit betrug im Jahre 1936 202.615, also 13.33 Promille, was einen Rückgang um 0.16 Promille bedeutet. Die Tuberkulosensterblichkeit wies mit 19.613 Todesfällen gegenüber 20.446 im Jahre 1935 ebenfalls eine sinkende Tendenz auf. Dagegen brachte uns das Jahr 1936 eine Erhöhung der Zahl der Totgeburten von 5187 auf 5337, einen betrüblichen Aufstieg bei der Krebssterblichkeit von 18.676, auf 19.141, bei den Herz- und Gefäßkrankheiten von 34.239 auf 35.079. Die Säuglingssterblichkeit ist von 33.203 auf 32.694 zurückgegangen, da aber auch die Geburtenzahl zurückgegangen ist, so bedeutet das in Wirklichkeit eine Steigerung der Säuglingssterblichkeit von 122.55 auf 123.54 Promille. In der gleichen Tendenz bewegt sich die Säuglingssterblichkeit auch im heurigen Jahre, wo sie in den ersten acht Monaten 133.7 Promille betrug. Diesen Ziffern kommt eine ernste Bedeutung zu.

Das Populationsproblem

Im Jahre 1936 ist der Geburtenüberschuß auf 62.176 oder 4.09 Promille gesunken. Im heurigen Jahre ist ein weiteres Sinken auf 3.78 Promille zu erwarten. Auch in den beiden östlichen Ländern, die immer die Populationsreserve des Staates bildeten, ist ein allmähliches Sinken des Überschusses bemerkbar. In einer ganzen Reihe von Bezirken in Böhmen haben wir bereits sehr schmerzliche Populationsabgänge zu verzeichnen. In Prag bewegt sich der Geburtenrückgang noch unter dem Niveau von einem Promille. Durch die drohende Depopulation sind in Böhmen beide nationale Sektoren von dem gleichen Schicksal betroffen. Aus dieser Situation heraus ergab sich zwangsläufig die Notwendigkeit mit raschen und ernsten Abwehrmaßnahmen einzusetzen. Das Problem besteht aus einer unausdenkbaren Vielfältigkeit von Teilproblemen biologischer, physiologischer und sittlicher, aber auch wirtschaftlicher, sozialer und gesundheitlicher Art. Die Notwendigkeit, dem „gewollten Kinde" das notwendige Minimum an Lebens- und Gesundheitsmöglichkeiten zu sichern, rollt sofort große finanzielle und wirtschaftliche Fragen auf, denen man angesichts der augenblicklichen finanziellen Lage kaum gerecht werden kann. Vor allen anderen Aufgaben fällt uns auch die Mission zu, die vorzeitige Sterblichkeit mit allen Mitteln zu bekämpfen, d. h. nach Masaryk alles daran zu setzen, daß „uns nicht nur Menschen geboren werden, sondern daß sie auch am Leben bleiben". Zum Zwecke der etappenweisen Lösung und der Voranstellung des gesundheitlichen Sektors wurde ein Beirat für Population beim Gesundheitsministerium eingesetzt.

Für die erste Etappe unserer Arbeit wurde das folgende Programm erarbeitet, dem wir alle unsere Kräfte leihen wollen:

I. Grundfragen.

a) Bekämpfung der vorzeitigen Sterblichkeit, insbesondere der Säuglings- und Kindersterblichkeit, Verhütung von Totgeburten.

b) Schwangeren- und Mutterschutz.

Das Grundprinzip dieser Aufgaben soll in der Vorbeugung bestehen. Eines der wirksamsten Mittel wird der fortschreitende Ausbau der Untersuchungen von Gesunden sein.

II. Legislative Aufgaben.

Der Arbeitsvorgang wird sich folgendermaßen gestalten:

a) Gesetz über die öffentliche Jugendfürsorge,

b) Gesetz über den schulärztlichen Dienst,

c) Vervollkommnung der Gesetzgebung hinsichtlich der sozialgesundheitlichen Fürsorge für Mütter und Frauen.

III. Organisatorische Aufgaben.

a) Ausbau der praenatalen Fürsorge:
Geburtshilfliche und gynäkologische Abteilungen bei öffentlichen Krankenhäusern, Wöchnerinnenheime, Schwangerenberatungsstellen, Vorbeugung der Infektionen bei Geburten durch Vervollkommnung der Geburtshilfe, Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten;

b) Ausbau und Konzentration der sozialgesundheitlichen Jugendfürsorge:
Säuglings- und Kinderberatungsstellen, Kinderabteilungen bei öffentlichen Krankenhäusern, Spezialheilanstalten für Kinder, systematische Untersuchungen der Kinder, schulärztlicher Dienst, systematische Zahnpflege, Rachitisbekämpfung, präventive Impfung gegen Infektionskrankheiten, Genesungsaktion für geschwächte Kinder, Erholung und körperliche Erziehung, Propagierung.

IV.

Schulung und Erziehung aller Faktoren der sozialgesundheitlichen Fürsorge, und zwar vor allem der Ärzte, sozialgesundheitlichen Fürsorgerinnen, Geburtsassistentinnen und des Pflegepersonals.

V. Bekämpfung der sozialen Krankheiten.

Intensivierung der Bekämpfung der sozialen Krankheiten unter Berücksichtigung der Erfordernisse und Aufgaben des Kampfes gegen die Depopulation.
Steigerung der Fürsorge auf dem Gebiete der mentalen Hygiene.

Herz- und Rheumatikeraktion

Auch zur Bekämpfung der Herz- und Rheumaerkrankungen hat das Ministerium eine eigene Aktion eingeleitet. Es wurde ein aus klinischen und sozialwissenschaftlichen Fachleuten sowie aus Fürsorgearbeiten bestehender Beirat ins Leben gerufen, der ein dementsprechendes Programm ausgearbeitet hat, das die Errichtung von speziellen Forschungs- und Heilanstalten, bzw. selbständigen Abteilungen in allen öffentlichen Krankenhäusern, ferner die Vervollkommnung der Diagnostik, die Spezialisierung der Einrichtungen in allgemeinen Krankenhäusern und schließlich die Errichtung eigener Beratungsstellen vorsieht. Ferner sollen eine entsprechende Ausbildung der Studenten an den medizinischen Fakultäten gesichert und Kurse für Ärzte und Pflegepersonal eingerichtet werden. Mit der Realisierung dieses Programms sind die zuständigen ministeriellen Amtsstellen beschäftigt.

Der Kampf gegen den Krebs

Die Feststellungen über die Zunahme der Krebserkrankungen betreffen nicht nur unseren Staat, sondern so ziemlich alle Teile Europas. So berichtet eben eine englische offizielle Statistik, daß die Zahl der Krebstodesfälle in England im Jahre 1936 gegenüber dem Vorjahre um rund 7 Prozent gestiegen ist. Auch hier muß also mit ernsten Abwehrmaßnahmen eingesetzt werden. Die Zuwendungen an die beiden großen Krebsheilanstalten unserer Republik, an das Haus des Trostes in Brünn und an die Radiumheilanstalt in Prag aus der Sanitätsumlage werden heuer entsprechend erhöht werden. Weiter soll ein Betrag von 200.000 Kč zur Bekämpfung des Krebses bereitgestellt werden.

Bekämpfung der Berufskrankheiten

Das Umsichgreifen der Berufskrankheiten macht die Schaffung eines ärztlichen Inspektionsdienstes in den Produktionsbetrieben zur unabweislichen Notwendigkeit. Das Ministerium trifft diesbezüglich die notwendigen Vorbereitungen. Ferner fordert das Ministerium die rascheste Errichtung eigener Lehrkanzeln für Berufskrankheiten und deren moderne Ausstattung. Im Kampf gegen den ganzen Komplex der Berufskrankheiten der Joachimsthaler Bergarbeiter hat die beim Gesundheitsministerium bestehende Kommission ihre Arbeit in den letzten Wochen durch die Errichtung einer staatlichen Beratungsstelle in Joachimsthal gekrönt.

Heilfürsorge für Arbeitslose

Trotz dem Rückgang der Arbeitslosigkeit haben wir noch immer eine außerordentlich große Zahl von Bezirken mit mehr als 3000 Arbeitslosen, die — von der Krankenversicherung ausgesteuert — jedweder Heilplege entbehren würden, wenn ihnen nicht die in 200 Bezirken bestehenden Organisationen der Heilfürsorge für Arbeitslose hilfreich beispringen würden. Für unentgeltliche Verabreichung von Medikamenten hat das Gesundheitsministerium einen Betrag von 280.000 Kč bereitgestellt. Jenen Arbeitslosen, die in ambulatorischer Pflege der Krankenhäuser stehen, werden Arzneien und sonstige Behelfe aus Mitteln der Sanitätsumlage unentgeltlich verabreicht.

Jugendfürsorge

Das Gesundheitsministerium hat eine Gesetzesvorlage über den schulärztlichen Dienst bereitgestellt, durch den die sozialgesundheitliche Fürsorge der Schuljugend in feste Bahnen gelenkt, vereinheitlicht, für obligatorisch erklärt und durch Einschaltung der serienweisen Gesundenuntersuchung fest verankert wird. Dieses Gesetz soll für den Bereich der Kindergärten, Volks-, Bürger-, Mittel- und Fachschulen Geltung haben, wobei auch für den Gesundheitsdienst in der Wehrerziehung vorgesorgt werden soll.

Die gesamte Beratungsfürsorge wurde auch in dem letzten Jahr nicht nur durch eine großzügige staatliche Heilfürsorge- und Ferialaktion ergänzt, die im Jahre 1936 1300 Kindern zugute kam, die in zum Teil mustergültig ausgestatteten Kinderheilanstalten einer fachärztlich geleiteten Fürsorge unterzogen wurden, aber auch durch die Staatliche Genesungsaktion, an der bisher zusammen 25.000 Kinder von Arbeitslosen und Kurzarbeitern gesundheitlich wieder aufgerichtet wurden.

Unsere Gesundheitsgesetzgebung

Das Krankenhausgesetz bildet den Gegenstand der eingehendsten Prüfung und regsten Diskussion der interessierten Fachkreise. Die neue Auffassung des Krankenhauses als eines Zentrums der kurativen, aber auch der präventiven und sozialgesundheitlichen Fürsorge findet überall guten Widerhall, nicht minder auch der Gedanke der Eingliederung aller sozialgesundheitlichen Anstalten in den Rahmen des gesamten Anstaltswesens. Es wurden auch Vorarbeiten für ein neues Sanitätsgesetz in Angriff genommen. Die Verhandlung des Gesetzes über die öffentliche Jugendürsorge ist bereits im Gange, das Gesetz über den schulärztlichen Dienst ist fertiggestellt, auch über ein neues Lebensmittelgesetz sind Verhandlungen im Gange. Ein neues Epidemiegesetz und ein Gesetz über die sozialgesundheitliche Fürsorge sollen auf dem Wege zum sogenannten Kodex sanitarius den Schlußstein bilden.

Krankenhauspersonal

Die Regelung der materiellen und sozialen Verhältnisse der Krankenhausangestellten ist in letzter Zeit immer dringlicher geworden, wollte das Gesundheitsministerium vermeiden, daß der Dienst in den Krankenhäusern durch die schwierigen sozialen und materiellen Verhältnisse des Krankenhauspersonals beeinträchtigt wird. Bei dieser Gelegenheit hat das Gesundheitsministerium allen öffentlichen Krankenhäusern mittels Erlaß aufgetragen, den sich in letzter Zeit häufenden Beschwerden des Krankenhauspersonals über die Verköstigung, Unterbringung usw. zu steuern und für die ungetrübte Abwicklung des ohnedies außerordentlich schwierigen Dienstes des Pflegepersonals Vorsorge zu treffen. Gerade dieses Moment war es, das das Gesundheitsministerium veranlaßte, in dem Entwurf des Krankenhausgesetzes auf die Notwendigkeit der sozialen Sicherung des Krankenhauspersonals zu verweisen und aufzuzeigen, daß gerade darin die beste Garantie dafür gegeben ist, daß die Krankenhäuser Heimstätten der von schwerster Krankheit betroffenen Menschen werden, in denen sie nicht nur der Errungenschaft hohen ärztlichen Könnens teilhaftig werden, sondern in denen auch sorgsamste menschenfreundliche Pflege

und das freudige Antlitz des Pflegepersonals die schweren Stunden des Aufenthaltes in der Krankenanstalt erträglich macht.

Der Kampf gegen die Infektionskrankheiten

Die Zahl der Diphtherieerkrankungen ist im Jahre 1936 von 28.455 auf 25.941 zurückgegangen, die ersten neun Monate 1937 zeigen jedoch eine Erhöhung um 577 Fälle. Nur in Böhmen ist ein Aufstieg der Krankheitshäufigkeit zu verzeichnen, in den übrigen Ländern jedoch ein Rückgang. Endemisch ist die Diphtherie in den nördlichen und westlichen Gebieten Böhmens. In Karpathorußland ist jedes vierte diphtheriekranke Kind dem Tode überantwortet. Bauchtyphus weist in den ersten neun Monaten 1937 5065 Erkrankungen auf, Scharlach 15.869 Fälle. Hier ist ebenso wie bei Flecktyphus ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen.

Die Ursachen der Zunahme der Infektionskrankheiten liegen einesteils in den Unzulänglichkeiten der Assanierung, anderenteils in den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den geschwächten Organismus der Kinder und nicht zuletzt in den in der letzten Zeit wechselnden und ungünstigen Witterungsverhältnissen.

Das Ministerium scheut bei der Bekämpfung der Infektionskrankheiten keinerlei wie immer geartete Opfer und führt vor allem seit Jahren schon diesen Kampf im Zeichen der Prävention und unter Nutzbarmachung aller prophylaktischen Maßnahmen. Es wird schon in allernächster Zeit in den von der Diphtherie besonders heimgesuchten Gebieten an Ort und Stelle alle notwendigen Vorkehrungen treffen.

Ärztliche Fragen

Das Gesundheitsministerium hatte sich auch im heurigen Jahr mit gewissen legislativen Aufgaben zu beschäftigen, die in den Interessenbereich der Ärzteschaft fallen. Mögen nun diese Fragen welches Gebiet immer berührt haben, immer hat das Gesundheitsministerium das Einvernehmen mit den ärztlichen Korporationen gesucht und mit ihnen auch sonst ständige Verbindung unterhalten. Bei den großen Aktionen des Gesundheitsministeriums (Kampf gegen die Depopulation, gegen die Herz- und rheumatischen Erkrankungen) rechnet das Gesundheitsministerium selbstverständlich mit der verständnisvollsten Unterstützung der gesamten Ärzteschaft und ihrer Standesorganisationen. Das Gesundheitsministerium wird ebenso wie bisher den Vertretern der ärztlichen Wissenschaft, auch der ärztlichen Organisationen bei den weiteren Arbeiten den ihnen gebührenden Platz sichern, da es wünscht, daß dabei das Votum der Ärzteschaft voll zur Geltung komme.

Zusammenfassung

An der betrüblichen Rolle der öffentlichen Gesundheitsverwaltung als eines Stiefkindes der staatlichen Verwaltung ändert sich leider auch im heurigen Jahr nur sehr wenig. Wenn auch alle anderen Aufgaben vor der der Sicherung des Staates zurücktreten müssen, so wird es doch auf die Dauer unmöglich sein, dem Gesundheitsministerium im Rahmen der gesamten öffentlichen Verwaltung auch weitere größere und tief schürfende Arbeitsmöglichkeiten vorzuenthalten.

Das Gesundheitsministerium hat im zurückliegenden Jahre alles darangesetzt, um zumindest einen Teil der gesundheitlichen Schäden, die die Auswirkungen des Krisennotstandes mit sich gebracht haben, zu lindern, das Niveau der Volksgesundheit noch weiter emporzuheben und ihr durch die organisatorische und legislative Untermauerung des Errungenen gesichertere Grundlagen als bisher zu geben.

Wir lassen uns dabei von den Worten leiten, die uns unser großer Präsident T. G. Masaryk in seiner Kundgebung zum zehnjährigen Jubiläum der Republik zurief: „Wir haben wie die anderen Länder auch schon ein Gesundheitsministerium, es gebührt ihm aber eine viel größere Bedeutung und ein intensiverer Wirkungsbereich."

Rundschau

Zur Pathologie und Therapie des Morbus imperii tertii

Über die sog. Schipperkrankheit, die im heutigen Deutschland eine recht häufige Erscheinung ist, finden sich in der gleichen medizinischen Zeitschrift die nachstehenden Referate:

„L. Debuch: Die Schipperkrankheit und ihre Behandlung. Arch. orthop. Chir. 37, 223, 1936. Ref. Klin. Wschr. Jg. 16, Nr. 40, S. 1399, 1937.

In den letzten Monaten 187 Fälle Dornfortsatzbrüche an der Hals-Brustgrenze. Vorwiegend Männer, die vorher lange Zeit arbeitslos waren. Großer Teil hatte schon jahrelang vorher die gleiche schwere Arbeit verrichtet. Bei Behandlung muß unter allen Umständen vermieden werden, daß der Kranke Kenntnis erhält von einer Knochenverletzung an seiner Wirbelsäule. Die Krankheitsbezeichnung „Muskelzerrung" ist zweckmäßig, weil sie für das körperliche und seelische Wohl des Verletzten zuträglich ist. Eindrucksvolle Behandlungsmethoden — Stützapparate, Bandagen, ruhigstellende Verbände und vor allem operative Maßnahmen — sind zu vermeiden, weil sie nicht nur nutzlos, sondern höchst schädlich seien. Sofort ist mit funktioneller Behandlung zu beginnen.

H. G. Metthes: Unsere Erfahrungen bei der Schipperkrankheit. Arch. orthop. Chir. 37, 232, 1936. Ref. Klin. Wschr. Jg. 16, S. 1400, 1937.

Seit Januar 1935 107. Unfallsereignis typisch. Meist dann, wenn Erdmassen beim Beladen von Loren oder beim Ausschachten besonders hoch und weit geworfen wurden, oder wenn Bodenarten zu schippen waren, die die Neigung hatten, an der Schaufel kleben zu bleiben. Löst sich die Erdscholle nicht von der Schaufel, so kommt es durch deren lebendige Kraft zu einem gewaltsamen Ruck an einem von beiden Armen. Am häufigsten ist der Dornfortsatz des 1. Brustwirbels betroffen, dann folgen nach der Häufigkeit der 7. Hals- und der 2. Brustwirbel. Am seltensten sind der 6. Hals- und der 3. und 4. Brustwirbeldornfortsatz gebrochen. Die Behandlung besteht in Anlegung eines Verbandes, der den Schultergürtel möglichst ruhig stellt und die untere Hals- und obere Brustwirbelsäule durch Zug lordosiert. Die Prognose ist quoad functionem immer gut, nie funktionelle Dauerstörungen eingetreten. Minderung der Erwerbsfähigkeit meist gering und beträgt in dem Unfall folgenden ersten Jahr etwa 20%.

Diese schwere Erkrankung, für die die beiden Referenten gerade die entgegengesetzte Therapie empfehlen, befällt jene Schwerarbeiter, die bei Verlust der Unterstützung 8—10 Stunden am Tage mit einer nur kurzen Mittagspause schippen müssen. Angetrieben werden sie durch einen Akkordlohn mit Prämiengewährung für besonders große Leistungen. Nach einer Statistik von 82 in der Chirurgischen Klinik in Heidelberg behandelten Fällen sind nur 3 knöchern fest verheilt: Bemerkenswert ist im ersten Bericht noch die Empfehlung, den Patienten über die Schwere der Verletzung im Unklaren zu lassen. Das dürfte vergebens sein! Der Patient wird sich doch des Maßes der Ausbeutung im Dritten Reiche bewußt werden, mindestens dann, wenn die Nazi-Volksgemeinschaft ihn in die Schar der Minderwertigen einreihen wird.

Aus der Volksgemeinschaft ausgestoßen . . .

Wie der „Neue Vorwärts" meldet, gibt der Vertrauensrat der Borsig-Kokswerke in Hindenburg der Belegschaft der Abteilung Skalley-Werke bekannt, daß der Lokomotivführer Emanuel Alscher und der Tischler Josef Wilk für ein halbes Jahr aus der Volksgemeinschaft ausgeschieden sind, weil sie sich von einem jüdischen Arzt behandeln ließen. Wohlgemerkt wird

dieser jüdische Arzt aber nach wie vor von der Betriebskrankenkasse beschäftigt, woran sich der Vertrauensrat nicht stößt. Diese Bekanntmachung hat in der Belegschaft eine große Begeisterung hervorgerufen, man fragt gegenseitig, ob man nicht aus der Volksgemeinschaft hinaus will, es sei doch jetzt dazu die beste Gelegenheit gegeben, man brauche sich nur jidisch behandeln zu lassen. Alscher und Wilk werden nämlich weiter auf ihren früheren Arbeitsstellen beschäftigt und die Arbeitsfront versäumt es auch nicht, ihnen die Beiträge abzuziehen, nur in der „Volksgemeinschaft" dürfen sie nicht sein. Sie verhehlen den Kameraden nicht, daß sie sehr gern der Volksgemeinschaft fernbleiben möchten, wenn sie nur von der Winterhilfe und sonstigen Zwangsbeiträgen verschont blieben.

Bevölkerungspolitik im Betrieb

(ITF) Eine Margarinefabrik in der westdeutschen Stadt Wuppertal schreibt in ihrer Betriebsordnung, die von der NSG (Nationalsozialistische Gesundheitskorrespondenz) als vorbildlich bezeichnet wird: „Jeder neu eingestellte Arbeitskamerad hat sich zu verpflichten, eine Ehe einzugehen, und mindestens 2 Nachkommen in die Welt zu setzen. Er verpflichtet sich weiter, seinen Arbeitsplatz einem andern Arbeitskameraden zu überlassen, wenn er dieser Abmachung nicht nachkommt".

Die NSG betont stolz, daß „die Einzelheiten dieser Bestimmung ... vom Reichskommissar für Rassenhygiene, Professor Rüdin, empfohlen wurden".

Die „Deutsche Bergwerkszeitung" (Nr. 248 vom 22. Oktober), das Wirtschaftsblatt der Ruhrindustriellen, überschreibt diesen Bericht treffend: „Bevölkerungspolitik im Betrieb", um anzudeuten, daß die betriebliche Befehlsgewalt des Unternehmers im Dritten Reich bis ins Schlafzimmer reicht.

Noch strengere Durchführung des Abtreibungsverbotes in der Sowjetunion

In der Plenarsitzung des Obersten Gerichtes trugen nach dem Bericht der „Prawda" die Debatten über die praktische Anwendung des Gesetzes betr. das Verbot der Abtreibungen einen sehr lebhaften Charakter. Vor allem wurde die ungenügende Bekämpfung der illegalen Abtreibungen festgestellt. In manchen Orten wird nur dann zur gerichtlichen Verfolgung geschritten, wenn die ungesetzliche Abtreibung zum Tode führte. Ärzte und Hebammen melden in der Regel den maßgebenden Behörden nur die Fälle, die den Tod oder die Verstümmelung der Patientin zur Folge haben. Bei günstigem Ausgang wird der Fall verschwiegen. Die Vorsitzenden der Obersten Gerichte, die an den Debatten teilnahmen, wiesen darauf hin, daß viele Untersuchungs- und Volksrichter fast kein Interesse der Fragen entgegenbringen, welche Ursachen die Frau zur Abtreibung veranlaßt haben. Viel zu selten werden auch die Anstifter zur gerichtlichen Verfolgung gezogen. Wie hieß es doch all die vielen Jahre allüberall voller Stolz? Die Sowjetgesetzgebung hat das Problem der Abtreibung vom Standpunkt der Arbeiterklasse und der Proletarierfrau gelöst. Die Sexualgesetzgebung in der SU betrachtet den Abortus als eine durch soziale Gründe verursachte Erscheinung und hat deshalb jede Bestrafung eines vom Arzte vorgenommenen Abortus aufgehoben. Tempi passati!

Keine Zeit für Unfallschutz in Deutschland

(ITF) Die Zerschlagung aller deutschen Arbeitervertretungen durch die Nationalsozialisten gab den Unternehmern die Möglichkeit zu rücksichtslosem Antreiben. Von Jahr zu Jahr nimmt denn auch im Dritten Reich die Zahl der Betriebsunfälle zu. Nach dem Bericht der „Hütten- und Walzwerkberufsgenossenschaft" stiegen i. J. 1936 die Unfallziffern um 28%, trotzdem die Belegschaftsstärke nur um 13.75% zunahm. Die Berufsgenossenschaft entschuldigt die Unternehmer. Sie erklärt, wie das „Mitteilungsblatt des Internationalen Metallarbeiter-Bundes" dem Bericht entnimmt, daß „die Sorge um die Werkstoffbeschaffung und die Regelung der mit der Lieferfristen zusammenhängenden Fragen manche Dienst-

stellen der Werke in solchem Maße in Anspruch nahm, daß für die Erfüllung der auf dem Gebiet der Unfallverhütung liegenden Aufgaben, besonders der Verbesserung des technischen Unfallschutzes, nur wenig Zeit zur Verfügung stand". Die Unternehmer werden damit entschuldigt, daß sie durch das Tempo der Aufrüstung und den Rohstoffmangel keine Zeit hatten, sich um den Unfallschutz zu kümmern ...

Die Blutgruppen unter den Juden der verschiedenen Länder

(Ž. T. A.) In der von Dr. med. L. Wulman redigierten in jiddischer Sprache erscheinenden Zeitschrift „Soziale Medizin" berichtet Dr. Julius Brutzkus (Paris) über den Stand der Untersuchungen betreffend die Blutgruppen bei Juden der verschiedenen Länder. Er bringt eine Tabelle dieser Blutgruppen, aus der u. a. zu ersehen ist:

Der Unterschied zwischen den Blutgruppen der osteuropäischen und der westeuropäischen Juden ist minimal, der Index ist bei beiden viel höher als 1,5; die ost- und die westeuropäischen Juden gehören demnach dem europäischen Zwischentyp an. Die Blutgruppenuntersuchung hat sogar erwiesen, daß die Berliner Juden in einem weit höherem Maße Europäer sind als die Berliner Deutschen, die meist slavischer Abstammung sind und darum zu einem höheren Prozentsatz der Gruppe A/B angehören. Im Jahre 1925 haben die Rassisten in Berlin eine Gesellschaft für Blutforschung gegründet, sie sahen sich aber genötigt, sie bald wieder aufzulösen, nachdem die ersten Resultate den Wahnsinn des Rassismus erwiesen haben. Die russischen Juden unterscheiden sich nicht wesentlich von den deutschen Juden, ihr Durchschnittsindex ist 1,92, der Index der Russen beträgt 1,50, der der Ungarn 1,62. Den russischen Juden nahe sind die grusinischen Juden, die, obwohl sie seit 2000 Jahren vom übrigen Judentum ganz abgesondert leben, dennoch fast den gleichen Blutindex haben, nämlich 1,83. Nach dem perzentuellen Blutbestand unterscheiden sie sich wenig von den sephardischen Juden Nordafrikas oder den Juden auf dem Balkan.

Kleine Notizen

(ITF) „Das Gewerbeaufsichtsamt Berlin teilt mit: ... in letzter Zeit hat die Kinderbeschäftigung wieder zugenommen ... leider ist auch eine Steigerung der Gesetzesübertretungen zu beobachten."

(ISA.) In Abessinien haben italienische Kapitalisten eine Gesellschaft gegründet: „Bira Africa Orientale", die zur Aufgabe hat, die Herstellung und den Vertrieb von Bier in dem eroberten Land zu fördern.

Die Metallarbeiter des Seinedepartements haben ihrer praktischen Solidarität mit dem spanischen Volke dadurch Ausdruck gegeben, daß sie einen Douche- und Desinfektionswagen neuesten Modells nach Spanien sandten.

Ein „Amerikanisches Hospital" wurde vom amerikanischen Medical Bureau ausgerüstet und in zwei Schlössern untergebracht, die der Familie Bourbon gehörten. Ärzte und Sanitätspersonal sind Amerikaner. Das Spital hat zusammen 350 Betten mit Operationssaal, Röntgenapparaten und einen chemischen Laboratorium.

Die Gesellschaft für Gesundheitsschutz der Juden, „Toz", die Anfang Dezember ihre 3. Landeskonferenz in Warschau abhielt, hat während ihrer 15jährigen Tätigkeit 19 Millionen Złoty für medizinische Hilfe ausgesehen. Die Gesellschaft unterhält 209 Anstalten für Säuglinge und Mütter, ferner Spitäler, Sanatorien, Zahnkliniken, Apotheken und Schwesternschulen.

(ITF) „Der Verbrauch von Schaumwein ist in Deutschland seit 1933 in einem großartigen (!) Aufschwung begriffen: von 4.5 Mill. Flaschen im Jahre 1932 stieg er auf 5.8 (1933), auf 10.27 (1934), 12.22 (1935). 14.49 (1936), d. h. er hat seinen Vorkriegsstand weit überschritten. Das Jahr 1937 weist sogar noch eine weitere Steigerung auf ... Der Schaumweinabsatz ist in den bisher abgelaufenen Monaten des Jahres 1937 um etwa 25% gegenüber dem Vorjahr gestiegen." („Angriff" Nr. 282 vom 2. Dezember und Nr. 241 vom 14. Oktober 1937.)

Aus der sozialistischen Ärztebewegung

Als Ärzte im Freiheitskampf gefallen!

Das spanische Sanitätspersonal, das unbekümmert um Tod und Gefahr seinen schweren Dienst tut, hat nach den bisherigen schweren Verlusten wiederum zwei wertvolle Opfer zu beklagen. An der Front von Aragon fiel Dr. Dubois, ein polnischer Arzt, in dem der Geist der alten polnischen Revolutionäre lebte. Als Ehrung für diesen Mitbegründer des Sanitätsdienstes der Internationalen Brigaden wird ein Hospital seinen Namen tragen.

Bei Brunete ist vor einigen Wochen Genosse Dr. Felix in Ausübung ärztlichen Dienstes gefallen. Felix gehörte der Studentengruppe des Vereins Sozialistischer Ärzte in Deutschland an und war bis zum Jahre 1934 im illegalen Sozialistischen Jugendverband und in der SAP in Berlin tätig. Er beendete dann in Prag und Basel sein medizinisches Studium. Im Herbst 1936 ging er, der immer als mutiger Kämpfer seine Pflicht tat, als Arzt zu den Internationalen Brigaden.

Das spanische Volk und mit ihm die Freiheitskämpfer in allen Ländern senken die Fahnen vor diesen gefallenen Helden!

Tschechoslowakei

Aus der deutschen Sektion

Die deutschen soz.-dem. Ärzte hielten vom 30.—31. Oktober d. J. in Prag eine erweiterte Ausschuß-Sitzung ab. Nach Erörterung einiger wichtiger organisatorischer Fragen wurden die sozialpolitischen und sozialhygienischen Gesetzentwürfe des Gesundheitsministeriums eingehend behandelt. Der Diskussion wurden ein gut durchgearbeitetes Memorandum unserer Brünner Ortsgruppe und eine schriftliche Stellungnahme des Gen. Dr. Lieben aus Teplitz zu Grunde gelegt. Zu den Fragen des Krankenhausgesetzes, der freien Arztwahl, der Einkommensgrenze der Versicherung und der Ambulatorien sprachen die Kollegen Gruschka, Fried, Holitscher, Popper, Neumann, Lederer u. a. Die Kritik, die von anderer Seite an den Entwürfen geübt worden ist, wurde im wesentlichen zurückgewiesen. Die Ergebnisse der gründlichen Beratung werden schriftlich zusammengefaßt und weitergeleitet werden. Ein sehr interessantes Referat über den neuen Strafgesetzentwurf erstattete Gen. Dr. Robert Wiener unter besonderer Berücksichtigung der Paragraphen, die für uns Ärzte von Bedeutung sind. Dabei wurde unsere Stellungnahme zur Homosexuellenfrage (Rutha-Affaire) festgelegt, die unsere Leser an anderer Stelle des „Bulletin" finden. Mit besonderer Freude begrüßte der Vorsitzende Gen. Holitscher eine Anzahl tschechischer Kollegen und Genossen, die an unseren Beratungen teilnahmen.

Aus der tschechischen Sektion

Am 20. Oktober d. J. veranstaltete die Prager Ortsgruppe der tschechischen soz.-dem. Ärzte eine Trauerfeier für den verstorbenen Präsidenten T. G. Masaryk, die sehr stark besucht war und an der auch der Gesundheitsminister Dr. L. Czech, Senator Johanis, Doz. Dr. Gruschka und zahlreiche andere Gäste teilnahmen. Den Mittelpunkt des Programms bildete der Vortrag des Gen. Dr. Görlich über „Masaryk und der Sozialismus":

Die Demokratie Masaryks, so führte der Vortragende aus, trägt den Stempel der sozialen Gerechtigkeit. Es ist daher unsere Pflicht, die heutige Demokratie in seinem Geiste ausbauen. Masaryk verlor sich nicht wie die meisten Philosophen in abstrakten Spekulationen, er anerkannte die Philosophie nur dann als Wissenschaft, wenn sie Aussicht auf praktische Verwirklichung bietet. Schon in seinem ersten Werk über den „Selbstmord" betonte er, daß nicht materielle Unterstützungen oder soziale Reformen der heutigen Menschheit helfen können. Masaryk lehnt beim Marxismus besonders ab den Materialismus, die Klassenmoral und den Internationalismus. Der Vortragende erkennt die Gründe für diese Ablehnung nicht an und führt als Be-

weis an, daß eine Ethik auch auf materialistischer Grundlage ohne Religion aufgebaut werden kann. Zusammenfassend sei zu sagen: In der Konsequenz, mit der Masaryk seine Ansichten im praktischen Leben vertrat und verwirklichte, muß er dem marxistischen Sozialismus ein Beispiel bleiben. Masaryks Ethik kann nicht in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung siegen, aber auch eine Änderung der Eigentumsverhältnisse kann nicht genügen zur Schaffung eines neuen Verhältnisses von Mensch zu Mensch.

Gesundheitsminister Genosse Dr. Czech sprach in einer längeren Rede über die Aufgaben des öffentlichen Gesundheitswesens. Er knüpfte an die Worte an, die T. G. Masaryk in seiner Jubiläumsbotschaft zum 28. Oktober 1928 über das Gesundheitswesen gesprochen hatte, als er darauf hinwies, daß dem Gesundheitsministerium noch nicht jene Bedeutung im Rahmen der Staatsverwaltung zuerkannt worden sei, auf die es Anspruch zu erheben vermag. Im Geiste dieses großen Genius unseres Landes haben wir gearbeitet und sind inzwischen ein großes Stück vorwärts gekommen. Auf dem Wege, den uns T. G. Masaryk vorgezeichnet hat, wollen wir weiter schreiten im Sinne seiner Forderung, daß wir uns darum bekümmern müssen, daß die Menschen nicht nur geboren werden, sondern daß sie auch am Leben bleiben.

Minister Dr. Czech beschäftigte sich in seinen weiteren Ausführungen mit dem vom Gesundheitsministerium ausgearbeiteten Entwurf eines Krankenhausgesetzes, das unser Anstaltswesen auf neue und moderne Grundlagen stellen soll. Aus dem Krankenhaus soll der Mittelpunkt der öffentlichen Gesundheitspflege gemacht werden, die öffentlichen Krankenhäuser sollen in den Dienst der sozialen Gesundheitsfürsorge gestellt werden. In dem Gesetz ist alle Vorsorge für entsprechende Regelungen der Dienst- und Gehaltsverhältnisse des Personals der Anstalt getroffen, damit es den großen Anforderungen des Dienstes nachkommen kann. Schritt für Schritt soll das Gesundheitsministerium sein Programm verwirklichen. Zur Verwirklichung seiner Ziele bedarf es der weitestgehenden von sozialem Gefühl getragenen Mitarbeit der Ärzteschaft.

Der Vorsitzende Dr. Tamele dankte dem Gesundheitsminister für seine mit großem Interesse aufgenommenen Ausführungen und sagte im Namen der sozialdemokratischen Ärzte die stärkste mögliche Unterstützung bei der Verwirklichung der von ihm gekennzeichneten Absichten zu. In der darauf folgenden Debatte beantwortete Minister Dr. Czech einige Anfragen aus den Reihen der Versammelten und beschäftigte sich mit den vorgebrachten Anregungen.

Quittung

Bei dem Internationalen Bureau Sozialistischer Ärzte gingen folgende Beträge ein:

Tschechische Sektion . . Kč 1000.—
Deutsche Sektion in ČSR . „ 1500.—

Alle Sendungen wolle man ohne weitere Zusätze adressieren: „Internationales Ärztliches Bulletin", Prag XII, Čáslavská 15, oder für das Konto des IÄB an die Böhmische Eskomptebank und Kreditanstalt. (Für die ČSR Postsparkassenkonto Nr. 51.041.)

Bücher und Zeitschriften

Rudolf Nissen: „Chirurgische Indikationen". Verlag A. W. Sijthoff's Uitgeversmij N. V., Leiden (Holland), 1937. Geb. Hfl. 4.50.

Das Werk des jetzt in Istanbul tätigen Sauerbruchschülers kommt in seinem Aufbau einem allgemeinen Bedürfnis der heutigen Ärzte entgegen: es bringt in wohltuender Kürze eine überraschende Fülle von neuen Anregungen, vor allem für den Praktiker, der mit der Wissenschaft Schritt halten will. Kenntnis der Grenzen der Leistungsfähigkeit der heutigen Operationsmethoden soll neben frühzeitiger Diagnose die Grundlage für die chirurgische Indikationsstellung bilden. Klare Skizzierung der Symptomatologie, Abgrenzung der Indikationsbreite der einzelnen Methoden

und Kritik der Operationsverfahren machen das Buch zu einem Nachschlagewerk, das mitunter bessere Dienste leistet als ein großes Lehrbuch. Es ist schwierig, ein Kapitel besonders hervorzuheben, alle sind gleich lesenswert. Der Verfasser setzt eine gewisse chirurgische Erfahrung und Kenntnis der modernen Methoden voraus. Das Buch wird daher auch für den Fachchirurgen eine willkommene Lektüre sein. Es gehört in die Bücherei jedes interessierten Arztes.

MUDr. Rud. Hoschek.

Munca (Die Arbeit), Bukarest bringt in ihrer Nummer 9 aus der Feder des Gen. Mirescu einen interessanten Artikel über die rumänische Sozialversicherung. Leider ist der Artikel von der Zensur bis auf die Hälfte zusammengestrischen worden. Gen. Roxan veröffentlicht reichhaltiges Material über die rumänische Textilindustrie.

Thomas.

Anna Siemsen: „Spanisches Bilderbuch". 88 Textseiten und 26 Kunstdruckbilder. F. frs. 20.—; schw. Frs. 3.80; Kč 22.— (Editions Nouvelles Internationales, Paris XVI.).

Die Verfasserin fuhr Wochen kreuz und quer durch das republikanische Spanien. Ihr kurzes, knappes Buch, ergänzt durch Photographien, ist ein aufwühlendes, erschütterndes Dokument vom Freiheitskampfe des südlichen Volkes, und es ist zugleich ein Appell, leidenschaftlich, eindringlich, an die Trägheit unserer Herzen. Wie das demokratische Spanien kämpft, wie es gleichzeitig versucht, inmitten dieser furchtbaren Kämpfe eine neue wahrhafte Volkskultur aufzubauen, wie es gegen Analphabetentum, Indolenz und überhaupt gegen jede Art von Rückständigkeit vorgeht, wie es alles für seine Kinder, seine kommende Generation tut, das erzählt Siemsen schlicht und doch so, daß Teilnahme und Begeisterung in jedem Leser geweckt werden. Ein Appell, der nicht ungehört verhallen sollte, in diesem hartherzigen, egoistischen und selbst dem eigenen Abgrund nahen Europa!

Grete Livius.

„Almanach der Psychoanalyse 1938." 256 Seiten und 2 Bildbeilagen. Internationaler Psychoanalytischer Verlag, Wien. Preis in Leinen RM 4.—.

Der neue psychoanalytische Almanach für das Jahr 1938 gibt wiederum einen Überblick über die Erscheinungen der psychoanalytischen Literatur. Er enthält drei Arbeiten des Begründers der Psychoanalyse Sigm. Freud. Von den übrigen Beiträgen erwähnen wir: Menninger: „Psychiatrie und Medizin", Meng (Basel) „Über Wesen und Aufgabe der seelischen Hygiene", Steff Bornstein (Prag) „Mißverständnisse in der psychoanalytischen Pädagogik", Aichhorn (Wien) „Zur Erziehung Unsozialer". Aus dem Nachlaß von Ferenczi (Budapest) ist eine Arbeit über „Psychoanalyse und Kriminologie" von Stengel (Wien) über „Prüfungsangst und Prüfungsneurose" aufgenommen. So sei dieser Band, den der Verlag so reichhaltig vorlegt, unseren Lesern bestens empfohlen.

F.

„Deutsche Frauenschicksale". Der Strafvollzug im III. Reich". Herausgegeben von der „Union für Recht und Freiheit", Prag.

Die hier gegebenen Tatsachenberichte, die Schicksale von Frauen und Männern in deutschen Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern, sind furchtbarer, erschütternder als jede Möglichkeit der Phantasie. Nicht immer sind es „besondere" Mißhandlungen, unter denen die Opfer des Hitler-Faschismus zu leiden haben. Ein Gefangener, „Nr. 50" nennt ihn das Buch, sagt: „So setzt sich Stunde für Stunde, so setzen sich Tage, Monate und Jahre aus hunderten großen und kleinen Schikanen zusammen." Daß dieser Gefangene „Nr. 50", daß unzählige seiner Leidensgenossen nicht wissen, wann ihr Martyrium ein Ende erreicht haben wird — es ist die ungeheure Tragik ihres Schicksals. Kämpfen wir — hier draußen für sie und im Geiste mit ihnen, daß jener Tag nicht fern sei . . .

Grete Livius.

Verantwortlicher Redakteur: MUDr. Augustin Turek, Praha - Druck Koliš & Co., Praha XII, Čáslavská 15 - Zuschriften, Bestellungen und Rezensionsexemplare an diese Adresse - Zum Postversand mit Zeitungsmarken zugelassen durch Verfügung der Prager Postdirektion Nr. 315.614/VII. 1933 - Kontrollpostamt Prag 31.

INTERNATIONALES ÄRZTLICHES BULLETIN

BULLETIN MÉDICAL INTERNATIONAL / INTERNATIONAL MEDICAL BULLETIN
MEZINÁRODNÍ LÉKAŘSKÝ BULLETIN

Zentralorgan der Internationalen Vereinigung Sozialistischer Ärzte

Inhaltsverzeichnis des IV. Jahrganges 1937:

In jedem Heft finden sich die Rubriken: Rundschau, Aus der sozialistischen Ärztebewegung, Bücher und Zeitschriften.

Inhalt des letzten Heftes

(IV. Jahrgang, Nr. 8):

Zur besonderen Beachtung!

Die Leser des I. Ä. B., die mit den Bezugsgebühren im Rückstande sind, werden dringend gebeten, uns durch baldige Einzahlung Kosten und Zeit zu sparen. Wir sind allein auf die Unterstützung aller Freunde und Genossen, auf ihre Aktivität und Opferfreudigkeit angewiesen. Unsere Freunde in der ČSR benutzen am besten das Postsparkassenkonto, Praha Nr. 51.041 der Böhmischen Escomptebank und Creditanstalt (für die Zeitschrift „Internationales Ärztliches Bulletin"). Unsere ausländischen Abonnenten zahlen durch Scheck, internationale Postwertzeichen oder Banküberweisung. Denkt auch an den P r e s s e f o n d s!

Einige Bücher, die das I. Ä. B. empfiehlt:

Verlag A. W. Sijthoff's Uitgeversmij, Leiden (Holland):

Rudolf Nissen: **Chirurgische Indikationen.** Preis Hfl. 3.50.

J. Berberich und P. Spiro: **Therapie der Tuberkulose.** Preis geb. Hfl. 28.50.

Verlag Franz Deuticke, Wien:

L. Chiavacci: **Störungen der Sexualfunktion.** M 4.60.

Verlag Ruppli, Zürich-Leimbach:

Fritz Brupbacher: **60 Jahre Ketzer.**

Verlag der Genossenschafts-Buchhandlung, Zürich:

Charlot Straßer: **Kurpfuscher und Gaukler beuten dich aus!** Kart. Fr. 3.50.

Europa-Verlag, Zürich:

August Forel: **Rückblick auf mein Leben.** Fr. 6.50.
Konrad Heiden: **Ein Mann gegen Europa.** Kart. Kč 45.—.

Jean-Christophe-Verlag, Zürich:

André Gide: **Retuschen zu meinem Rußlandbuch.**

Verlag Allert de Lange, Amsterdam:

Jolan Földes: **Die Straße der fischenden Katze.** Broschiert Kč 42.—.
John Gunther: **So sehe ich Europa.** Kč 54.—.

Verlag Orbis A.-G., Prag:

Die Gleichwertigkeit der europäischen Rassen. Kč 25.—.

Verlag Graphia, Karlsbad:

Arthur Rosenbarg: **Geschichte der Deutschen Republik.** Kč 46.—.
Friedrich Stampfer: **Die 14 Jahre der ersten Deutschen Republik.** Kč 80.—.
Alexander Stein: **Adolf Hitler, Schüler der „Weisen von Zion".** Kč 18.—.

Editions du Carrefour:, Paris:

Willi Münzenberg: **Propaganda als Waffe.** Kč 42.—.
Maximilian Scheer: **Blut und Ehre.**

Verlag Julius Kittls Nachfolger, Mährisch-Ostrau:

Céline: **Mea Culpa und das Leben und Wirken des Arztes Ph. J. Semmelweis.**

Editions Nouvelles Internationales, Paris:

Anna Siemsen: **Spanisches Bilderbuch.** Kč 22.—.

Hierdurch abonniere ich die Zeitschrift »Internationales Ärztliches Bulletin« für ein Halbjahr, Jahr

Name: ____________________

Adresse: ____________________

Land: ____________________

Zahlungen auf das Postsparkassenkonto, Praha Nr. 51.041 der Böhmischen Escompte-Bank und Credit-Anstalt — (Zeitschrift „Internationales Ärztliches Bulletin") oder durch Scheck und internationale Postwertzeichen

---

Unsere Kollegen werden gebeten, uns Adressen anzugeben, an die wir Probenummern senden sollen: (Prag XII, Čáslavská 15)